

Bern

Ein mit Vorsicht zu geniessendes Vorbild

Die Stadt Luzern veröffentlichte gestern einen Evaluationsbericht zum Pilotprojekt «Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung». Bern kann teilweise von den Erkenntnissen profitieren, doch nur unter Berücksichtigung einiger Tatsachen.

Andrea Mantel

Luzern ist die erste Schweizer Stadt, die ein Gutscheinsystem bei den Kitas einführt. Dies geschah am 1. April 2009 im Rahmen eines Pilotprojekts. Das familienergänzende Kinderbetreuungssangebot der Innerschweizer Metropole umfasste vor dem Systemwechsel lediglich fünf subventionierte Kitas.

Gestern wurde nun ein Evaluationsbericht der ersten beiden Jahre des Pilotprojekts veröffentlicht – verfasst von Interface Politikstudien, Forschung, Beratung aus Luzern. Wie die Ergebnisse aus dieser externen Evaluation belegen, wirkt sich das Pilotprojekt positiv auf die Luzerner Angebotsentwicklung aus und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem mussten in der Qualität der Kinderbetreuung keine Einbußen hingenommen werden, es bestehen keine Wartelisten mehr, und der finanzielle Rahmen der Vorgaben wurde nicht gesprengt. Doch mit der Stadt Bern, welche per 1. Januar 2013 ebenfalls ein Gutscheinsystem für die externe Kinderbetreuung einführen wird, ist die Situation in Luzern nur bedingt vergleichbar. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen vor der Einsetzung des Systems (siehe Box) sind Adaptionen mit Vorsicht zu genießen. Trotzdem gibt es ein paar Erkenntnisse aus dem Luzerner Bericht, welche Edith Olibet, Berner Direktorin für Bildung, Soziales und Sport, in die eigene Ausarbeitungsphase integrieren möchte.

Angst der betroffenen Kitas

«Die Luzerner Informations- und Kommunikationserfahrungen sowie das Wissen zu den verschiedenen administrativen Abläufen können uns enorm helfen», sagt Olibet. «Zudem werden uns die Luzerner Erfahrungen in Bezug auf die Auszahlungsmodi helfen.» Denn rund ein Drittel der Subventionen würden nicht direkt an die Eltern ausbezahlt werden. Eine solche Mischform beim Auszahlungssystem wäre demnach auch für Bern durchaus denkbar. Ruth Feller, Leiterin des Bereichs Bildung und Familie bei Interface, verfügt über eine weitere Erkenntnis, die ihrer Meinung nach für Bern elementar wichtig sein werde. Feller ist aufgrund der Luzerner Studie überzeugt, dass den Berner Betrieben zum Beispiel die Freiheit zur eigenen Preispolitik übertragen werden müsse. «Wenn nicht jede Kita ihre Preise selber bestimmen kann, kann der Markt nicht regulierend wirken, und es wird kein Wettbewerb entstehen.»

Eine weitere Erkenntnis, die aus dem Luzerner Bericht hervorgeht, ist die Tatsache, dass die Überführung der bereits heute subventionierten Kitas und von deren Kunden in das neue System aufwen-

dig und zeitintensiv sein wird. «Dies ist bei unserer Anzahl an Kitas eine grosse Herausforderung, das ist uns bewusst», bestätigt Olibet. «Ganz wichtig ist vor allem, dass dieser Wechsel nicht zulasten der Qualität der Kitas geht.» Auch sei der Stadt Bern wichtig, dass die Eltern, die ihr Kind heute bereits durch eine subventionierte Kita betreuen lassen, keine Versteuerung erfahren würden. Feller bestätigt die Herausforderung, ist aber überzeugt, dass Bern auf gutem Wege ist. «Die intensive Einbindung der betroffenen Kitas in den gesamten Prozess ist wichtig und hilft, vorhandene Ängste abzubauen sowie neue Perspektiven zu entwickeln – das hat sich auch in Luzern gezeigt.»

Angst vor Qualitätsverlust

Was die Befürchtungen eines Qualitätsverlusts bei einem Systemwechsel anbelangt, macht Feller auf einen wichtigen Punkt aufmerksam. «Heute erfolgt die Qualitätsicherung unter anderem auch durch die Leistungsverträge, die mit den Kitas bestehen», sagt Feller. «In Zukunft wird es diese nicht mehr geben. Die Stadt Bern wird deshalb ihre Aufsichtsfunktion verstärken müssen.» Diese Aufgabe gilt es vertieft vorzubereiten und umzusetzen. «Dank den Vorgaben des Kantons wird die Qualität in den Kitas kein Problem sein», ist Olibet überzeugt. Das einzige Problem ist noch die kantonale Ausarbeitung der Asiv-Vorgaben (Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration), die bis zum 1. Januar 2013 abgeschlossen sein sollte. «Wenn dies zeitlich nicht ausreichen würde, müsste man eine Übergangslösung in Betracht ziehen», so Olibet. «Aber wir haben alle dieselben Interessen.»

Luzern & Bern: Ausgangslagen

Luzern hat das Gutscheinsystem für Kitas bereits eingeführt, Bern wird es per 1. Januar 2013 einführen. Doch die Ausgangslagen der beiden Städte sind nicht ganz dieselben:

- Luzern verfügte vor der Umstellung über **5 subventionierte Kitas**. Bern hat heute **40 subventionierte und 36 private Kitas**.
- Luzern verfügt über **keine kantonalen Richtlinien**, die bei der Umstellung berücksichtigt werden mussten. Bern muss den Wechsel im Rahmen des vom Kanton übergeordneten Regelwerks, der **Asiv-Vorgaben** (Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration), vornehmen.
- In Luzern musste der Entscheid zum Systemwechsel im **Grossen Stadtrat** getroffen werden, in Bern war es ein **Volksentscheid**.
- In Luzern sind für die Eltern die **Kita-Preise gestiegen**, trotz Gutscheinen. Dies will man in Bern nicht. Die finanzielle Belastung soll sich **im gleichen Rahmen** bewegen wie vor der Systemumstellung. (man)



Das Berner Kita-System steht vor Veränderungen. Luzern hat diese hinter sich und präsentiert nun Erfahrungen. Archivbild: Max Füri

Grüne Wohlen wollen AKW Mühleberg endgültig abschalten

Grüne fordern vom Gemeinderat, sich gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Mühleberg einzusetzen.

In einem offenen Brief an den Wohlener Gemeinderat verlangen die Grünen Wohlen: «Das AKW Mühleberg darf nicht wieder ans Netz.» Dementsprechend fordern sie den Gemeinderat auf, bei der

BKW FMB AG zu intervenieren und sich dafür einzusetzen, dass das AKW Mühleberg nicht mehr in Betrieb genommen wird. Grund für den Brief seien die Bemühungen der BKW, die Wiederinbetriebnahme des AKW Mühleberg in den nächsten Tagen durchzuführen – dies trotz Sicherheitsmängeln und Kritik von namhaften Experten. Im Brief protestieren die Grünen gegen diesen Entscheid. Es sei inakzeptabel, vor den Toren ihrer Gemeinde ein solches Risiko in Kauf zu nehmen, schreiben sie.

Im Schreiben verweisen sie ebenso auf das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi), das bei der Publikation des Hochwassernachweises für die fünf Schweizer AKW Anfang September klargemacht hat, dass das AKW Mühleberg höchstens die Minimalanforderungen im Bereich des Hochwasserschutzes erfüllt. «Das ist alles andere als vertrauenerweckend», steht im Brief. Dass der Schutz der AKW über den Schutz der Bevölkerung gestellt wird, zeige, dass das Ensi nichts dazugelernt habe. Die Abstimmung im letzten Februar habe zudem ergeben, dass 57,8 Prozent der Wohlener kein Vertrauen in die Nukleartechnologie hätten. (pd)

Die Berner Fachhochschule will 2013 nach Schweden expandieren

Die schwedische Regierung hat ein Gesuch der Berner Fachhochschule bewilligt. Sie will in Südschweden eine kleine Hochschule gründen, die einen internationalen Studiengang anbietet.

Verläuft der weitere Akkreditierungsprozess positiv, wäre die Berner Fachhochschule die erste ausländische Hochschule innerhalb des schwedischen Bildungssystems, wie die Berner Fachhochschule in einem Schreiben mitteilte. Hintergrund der geplanten Neugründung ist die Tatsache, dass es in Schweden noch keine «Vocational Universities» beziehungsweise Fachhochschulen gibt. Dies ist auch der Grund, warum das schwedische Zentrum für Informationslogistik Anfang dieses Jahres mit der Berner Fachhochschule Kontakt aufnahm, um einen gemeinsamen Studiengang anzubieten.

Geplant ist, ab Herbst 2013 in Südschweden einen Bachelor-Studiengang «Business Administration» anzubieten.

Dieser Studiengang ist in beiden Ländern akkreditiert; die Studierenden kommen aus Schweden und aus der Schweiz, die Dozierenden werden ausgetauscht. Als Konsequenz sollen die Studierenden internationale Erfahrungen machen, die über theoretische Inhalte hinausgehen: Sie lernen verschiedene Kulturen und Arbeitsformen kennen und können gleich am konkreten Beispiel miterleben, was eine internationale Zusammenarbeit ausmacht, heisst es im Schreiben der Berner Fachhochschule weiter. Trotzdem bleibt das Curriculum aus einem Guss, und die Studierenden erhalten einen Abschluss, der in beiden Ländern offiziell anerkannt ist.

Akkreditierung geht weiter

Da es um ein neues Bildungsangebot geht, musste zuerst ein Gesuch an die schwedische Regierung gestellt werden. In einem zweiten Schritt wird jetzt das bewilligte Gesuch an die Swedish National Agency for Higher Education (Högskoleverket) weitergeleitet. Die Agency wird den nationalen Akkreditierungsprozess durchführen. Das Zentrum für Informationslogistik befindet sich in Ljungby, Südschweden – Mitglie-

der sind grosse Firmen wie Ikea und Cargotec, drei schwedische Universitäten, dazu die öffentliche Hand. Das Zentrum wurde im Rahmen des Austauschs von Studierenden und Dozierenden auf die Berner Fachhochschule aufmerksam. Der Hintergrund war, dass der Fachbereich Wirtschaft mit dem «International Program» bereits einen international ausgerichteten Bachelor-Studiengang in Englisch anbieten konnte. (pd)

Anzeige



Mathias Tromp
2x ENGAGIERT • ERFÄHREN • ZUGKRÄFTIG
23.10.2011
Nationalratswahlen
www.mathias-tromp.ch

Anzeige

Berner KMU empfiehlt:



15.01.6 / EDU bisher

Andreas Brönnimann
KMU-freundliche Politik schafft und sichert Arbeitsplätze.

Berner KMU PME Bernoises → www.waeilt-kmu.ch